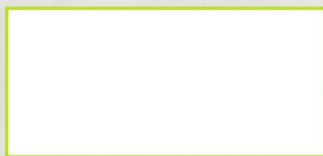







Hessische Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau,
Forsten, Jagd und Heimat, Postfach 31 09, 65021 Wiesbaden

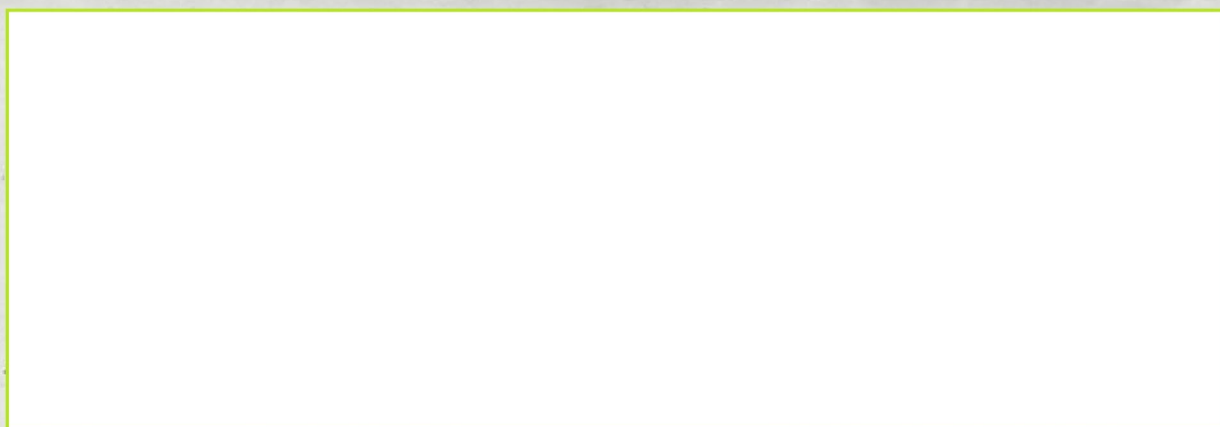


Erstellungsdatum 18.07.2024

Ihre Petition Nr. 05093/20 vom 7. September 2023, 


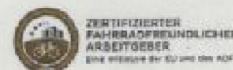
Sehr geehrte 

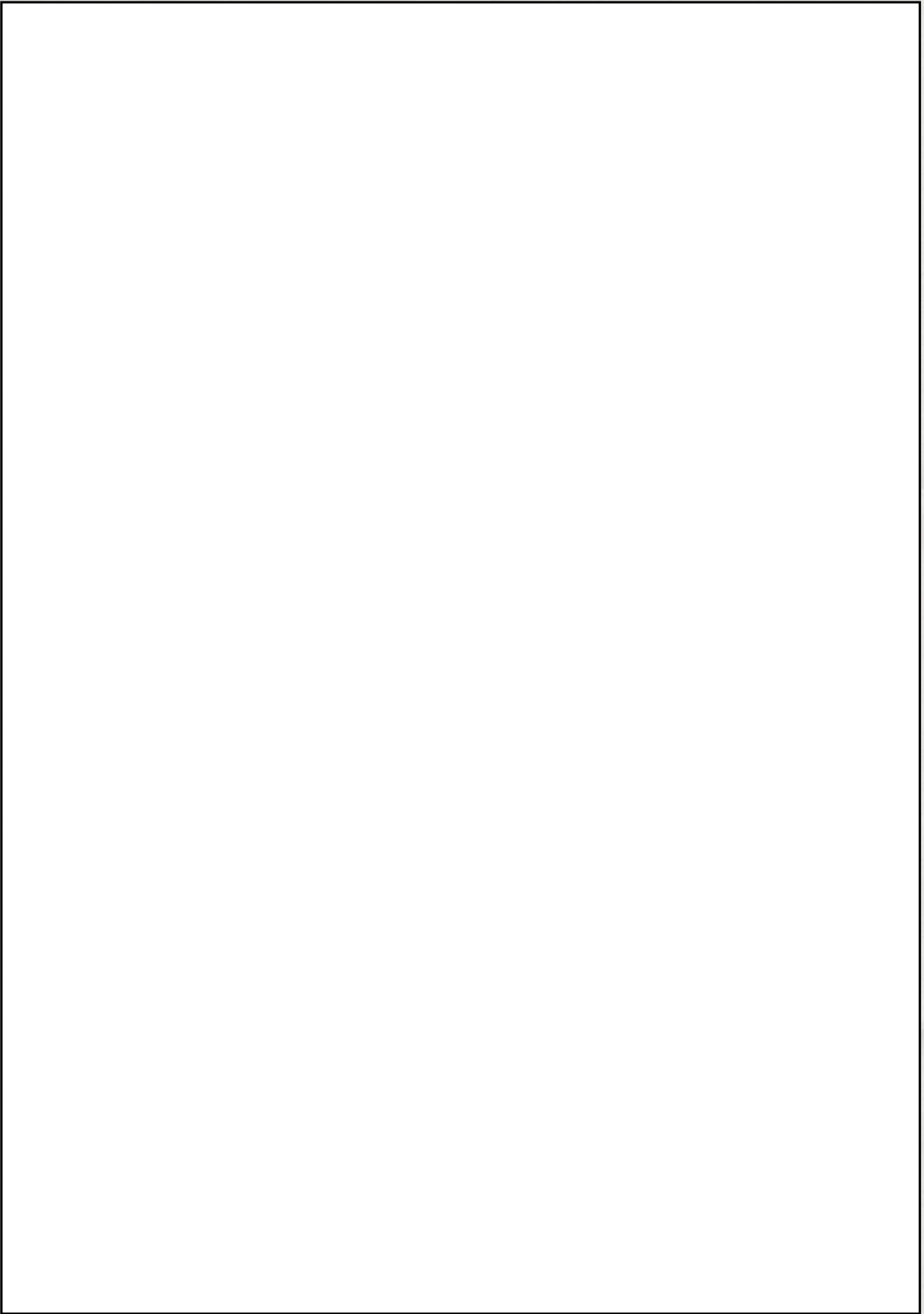
der Hessische Landtag hat in seiner 9. Plenarsitzung am 15. Mai 2024 gemäß der Empfehlung des Petitionsausschusses (siehe Drucksache Nr. 21/452) beschlossen, Ihre oben genannte Petition an das Hessische Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat (HMLU) mit der Bitte zu überweisen, Sie über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Diesem Beschluss komme ich mit folgenden Ausführungen nach.



65189 Wiesbaden
Mainzer Straße 80
Telefon +49 (0)6 11 815 0
Telefax +49 (0)6 11 815 1941

E-Mail:
poststelle@umwelt.hessen.de
Internet:
www.umwelt.hessen.de





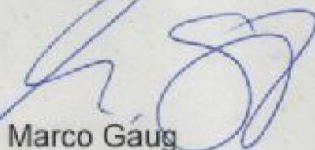
Ihr Anliegen zielt folglich auf eine Änderung der bestehenden Regelung des § 18 HeNatG ab. Ein Petitionsverfahren ist indes nicht geeignet, ein Gesetzgebungsverfahren zu initiieren.

Die Möglichkeit, ein Gesetzgebungsverfahren zu initiieren (hier: Änderung des § 18 HeNatG), besteht nach Art. 117 der Verfassung des Landes Hessen nur insoweit, als dass Gesetzesentwürfe von der Landesregierung, aus der Mitte des Landtags oder durch Volksbegehren eingebracht werden können. Des Weiteren kann unter den Voraussetzungen des Art. 124 der Verfassung des Landes Hessen ein Volksbegehren herbeigeführt werden.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Marco Gaug